

Der Sozialismus als Führer.

ap. In Frankreich wird innerhalb des Proletariats ein heftiger Kampf um die Altersversicherung geführt. Die bürgerliche Regierung, die immer die schönen Phrasen von Republik und Freiheit, Volkswohlfahrt und Demokratie im Munde führt, hat sich der großen Aufgabe der Altersversorgung der Arbeiter in einfacher Weise entledigt. Obgleich gerade die reiche Rentiers- und Kapitalistenklasse, die Milliarden in ausländische Anleihen steckt, sie recht gut bezahlen könnte, hat die Regierung ein Versicherungsgesetz eingeführt, das die Arbeiter ihre eigenen Renten bezahlen läßt; außerdem fängt, durch das System der Kapitalisierung, das Zahlen sofort an, während die Renten erst viel später kommen und die alten Arbeiter vorerst noch hungern müssen. Wegen dieses Gesetzes herrschten große Differenzen unter den französischen Arbeitern. Die syndikalistischen Gewerkschaftler kritisierten das System der Kapitalisierung aufs Schärfste als einen infamen Betrug der Arbeiterklasse. Auf dem Parteikongreß in Nîmes waren die Marxisten gegen das Gesetz, weil es den Arbeitern neue Lasten auferlegte, während die reformistische Mehrheit die Vorteile hervorhob und die Fraktion beauftragte, für das Gesetz zu stimmen. Als nun das Gesetz ausgeführt werden sollte, hörte der Kampf nicht auf; die syndikalistischen Arbeiter boykottierten es. Und jetzt schloß sich der Nationalrat der Partei — also im Widerspruch mit dem Standpunkt des Parteitages — nach heftigen Diskussionen dieser ablehnenden Haltung der Gewerkschaften an.

An sich ist es gewiß zu begrüßen, wenn die Partei sich gegen den Schwindel eines Gesetzes erklärt, das unter dem Vorwand, die Not der Arbeiter zu lindern, diese selbst die Hilfe bezahlen läßt. Sonderbar war dagegen das Argument, das schon auf dem Parteitag in Nîmes vorgebracht und nun aufs Neue für die marxistische Verurteilung des Gesetzes ins Feld geführt wurde: wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einmal ihren Standpunkt festgestellt haben, darf die Partei, die sich als Vertreterin der Arbeiterinteressen betrachtet, nicht einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen. Diese Auffassung ist nicht nur an sich unbedingt zu verwerfen, sondern muß noch besonders in der französischen Arbeiterbewegung verkehrt wirken.

Im Anfange der Bewegung sind Partei und Gewerkschaften noch nicht getrennt; dieselben Arbeiter, die, zum

Klassenbewußtsein geweckt, den politischen Kampf aufnehmen und das sozialistische Programm annehmen, bilden auch die ersten gewerkschaftlichen Verbände, die den Kampf gegen die Unternehmer führen. Aber mit dem Wachstum der Bewegung wird eine Trennung notwendig. Die tiefeinschneidenden Prinzipien des Sozialismus können erst ganz allmählich die Vorurteile überwinden und die Geister erobern; um aber an dem Kampfe um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit teilzunehmen, brauchte man nicht so tief zu graben. Die Notwendigkeit, die Massen für diesen unmittelbar praktischen Kampf möglichst rasch zusammenzufassen, trieb dazu, die Gewerkschaften zu selbständigen, neutralen Organisationen zu machen, von deren Mitgliedern kein Bekenntnis zum Sozialismus gefordert wurde. Natürlich bedeutet das meist, wie hier in Deutschland z. B., nur eine formelle Trennung, eine organisatorische Selbständigkeit; geistig bleiben sie zusammengehörig, und dieselben Arbeitermassen gehören beiden an.

So entsteht der Zustand, daß die Arbeiterbewegung durch zwei unabhängige Organe, mit verschiedenen, aber doch jedesmal übereinander greifenden Funktionen, kämpft, und damit ist die Möglichkeit gegeben, daß sie in irgend einer Frage einen verschiedenen Standpunkt einnehmen. Da taucht dann die Schwierigkeit auf, wie die Partei sich in einem solchen Konflikt zu verhalten hat. Anhängerzahlen können hier nichts entscheiden; wenn die Partei als Organisation auch viel weniger Mitglieder zählt, als die Gewerkschaften, so mußte sie als Wähler doch eine Anhängergruppe, die wieder über den Bestand der Gewerkschaften bedeutend hinausragt.

Ein solcher Fall liegt nun auch in Frankreich vor, aber unter ganz anderen Verhältnissen. Dort hat die reformistische Taktik der sozialistischen Kammerfraktion in den Gewerkschaften den antiparlamentarischen Syndikalismus erzeugt, der sich zur Sozialdemokratie in feindlichen Gegensatz stellt. Durch die Annäherung an bürgerliche Gruppen, durch die Taktik, von ihrer Hilfe ernsthaft Reformen zu erwarten, fühlte sich das urwüchsige Klassenempfinden der mit den Unternehmern kämpfenden Arbeiter verletzt; der Lehre, den Abgeordneten Vertrauen zu schenken, stellten sie die direkte Aktion, das Selbsthandeln der Massen gegenüber; gegen den Kultus der Demokratie stellten sie den schroffen Klassenkampf. Die syndikalistische Theorie legte dar, daß Politik und Klassenkampf nichts miteinander zu tun haben; in den Gewerkschaften handelt es sich um einen Kampf der Klasseninteressen, in der politischen Partei um einen Kampf der Meinungen und An-

schauungen. Gelegentlich kann es nützlich sein, wenn irgend eine Partei eine gute politische Maßnahme verfolgt, also tun die Arbeiter gut, richtig zu wählen; daß aber eine bestimmte Partei sich annahmt, als Vertretung der Arbeiterklasse gelten zu wollen, muß zurückgewiesen werden.

Hier stehen also Partei und Gewerkschaftsbewegung sich nicht nur als unabhängige, sondern sogar als einander feindliche Organe des Proletariats gegenüber. Nicht in dem Sinne, daß sie nicht gelegentlich praktisch zusammenarbeiten könnten, sondern in dem Sinne, daß ihre Grundprinzipien sich schnurstracks zuwiderlaufen. Die sozialdemokratische Partei kann sich die Auffassung nicht gefallen lassen, daß sie nur eine politische Partei ist, die sich bloß durch ihre Anschauungen von anderen Parteien unterscheidet. Sie betrachtet sich als die politische Organisation der Arbeiterklasse selbst. Darin besteht das ABC der sozialistischen Erkenntnis, daß die Politik in der Wirtschaft wurzelt, daß die politischen Parteien mit ihren Anschauungen, wenn auch oft in verwickelter Weise, Vertretungen der Klasseninteressen sind. In Frankreich mag allerdings dieser Zusammenhang schwieriger zu erfassen sein, als in Ländern rascher wirtschaftlicher Entwicklung.

Um so bedauerlicher ist es daher, wenn der marxistische Flügel der Partei gleichsam die gegnerische Theorie annimmt und erklärt, die Partei habe den Beschlüssen des Gewerkschaftsverbandes als „der Stimme der organisierten Arbeiterchaft“ einfach sklavisch beizupflichten.

Es liegt klar auf der Hand, daß dieser Standpunkt unhaltbar ist. In den Gewerkschaften sind eine Anzahl Arbeiter — in den englischen Gewerkschaften z. B. die erdrückende Mehrheit —, die keine Sozialdemokraten sind. Wie kann die Sozialdemokratie ihren Standpunkt in irgend einer Frage durch nichtsozialdemokratische Arbeiter bestimmen lassen? Sie, die Führerin, soll sich führen lassen?

Aber noch mehr. Die Partei ist die Vertreterin des Proletariats so gut wie die Gewerkschaften und hat dasselbe Recht wie diese, in seinem Namen zu reden. Das mag auf den ersten Blick vor allem dort lächerlich erscheinen, wo die Partei nur erst eine kleine Mitgliederzahl aufzuweisen hat. Aber sie ist die Vertreterin der Arbeiterklasse nicht durch ihre Mitgliederzahl, sondern durch ihre Prinzipien, die dem Klasseninteresse des Proletariats entsprechen. Sie tritt im Namen der Klasse auf, nicht weil die Mehrheit der Arbeiter ihr schon angehört, sondern weil sie den revolutionären Geist vertritt, der die Massen immer mehr, sei es auch nur instinktiv, erfüllt. Ihr Recht, für

die Klasse zu sprechen, ist nicht statistisch zu erfassen, sondern es wird durch die Theorie, die die gesellschaftliche Entwicklung darlegt, begründet. Sie vertritt nicht die heutige Auffassung der Arbeiter, die sie aus der Vergangenheit mitbrachten, sondern die neuen, werdenden Gedanken. Gerade weil sie oft gegen Augenblicksströmungen ankämpft, weil sie weiter blickt, als die noch nicht sozialistisch geschulten Massen, erweist sie sich als eine sichere Führerin für die Zukunft. Ihr Charakter ist vor allem werbend; sie muß durch ihre Praxis die Armee der Revolution sammeln und schulen. Daher hat sie das Recht, in anderer Weise als die Massenorganisationen der Arbeiter, die sich auf ihre Anzahl berufen, im Namen und als Vertreterin der Arbeiterklasse zu reden. Nicht was andere Organisationen beschließen, sondern der Sozialismus ist unser Führer bei unserer Stellungnahme.

In Deutschland, wo dieselben Arbeiter die kämpfende Masse beider Organisationen bilden, stammen die gelegentlichen Konflikte aus anderen Ursachen; daher ist das hier angeführte vor Allem für andere Länder von Bedeutung, die noch nicht so weit sind. Wo aber Gewerkschaften und Parteibewegung zwei feindliche Lager darstellen mit entgegengesetzten Grundprinzipien, ist die Frage von höchster Wichtigkeit, welche Taktik befolgt werden soll. Den Syndikalismus bekämpft man nicht, wenn man sich vor ihm verbugt und ihn als „die organisierte Arbeiterschaft“ anredet, denn dadurch erkennt man selbst seine falsche Theorie an, die es geradezu auszurotten gilt. Zweifellos steckt hinter dem Standpunkt der französischen Marxisten ein anderer und zwar richtiger Grundgedanke; nämlich dieser, daß in dem Syndikalismus auch ein gutes Stück Sozialismus liegt, wenigstens soviel wie in dem bloßreformistischen Reformismus. Und namentlich in dieser Frage fließt die scharf ablehnende Haltung der Gewerkschafter gegenüber dem Gesetz aus einem richtigen revolutionären Empfinden, und bildet ein Stück Klassenkampf gegen den Trug des Bourgeoisstaates, der die Arbeiter beschwindeln und sich als ihren Vormund aufspielen will. Und es ist ein Grundgebot einer sozialistischen Partei, überall, wo Arbeiter, deren Anschauungen sie sonst bekämpft, in einem wirklichen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie stehen, ihnen unbedingt beizustehen. Das lag zweifellos der Stellungnahme der französischen Marxisten zugrunde; um so mehr ist es zu bedauern, daß sie sie in die Form einer Forderung kleideten, die die Partei unmöglich anerkennen kann. —